Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/10/2017

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 14.11.2017, Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt	
Herr Dustin Holzmann	
Herr Bela Randschau	
Herr Achim Reuber	i. V. f. Herrn Rowetter
Herr Michael Stukenberg	
Herr Roland Wilde	i. V. f. Herrn Gaumann

Bürgerliche Mitglieder

Frau Susanna Hansen
Herr Wolfdietrich Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf	Kinder- und Jugendbeirat, öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Axel Fricke	Freundeskreis für Flüchtlinge Ahrensburg e. V., bis TOP 8
Frau Sabine Knuth	Schulleiterin Grundschule Am Reesenbüttel, bis TOP 11
Frau Dorothea Schmidt	Netzwerk Migration & Integration, bis TOP 8
Frau Anette Schmitt	Geschäftsführerin AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH, bis TOP 11
Frau Birgit Willhöft	Inhaberin des Kindergartens Willhöft, bis TOP 11

Verwaltung

Herr Thomas Reich	FBL II
Herr Michael Cyrkel	FDL II.4
Frau Cornelia Beckmann	FDL II.6
Frau Jasna Makdissi	Gleichstellungsbeauftragte, bis TOP 13
Frau Silva Krause	FD II.6/Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Uwe Gaumann

Bürgerliche Mitglieder

Herr Claus Rowetter

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

3. Einwohnerfragestunde

4. Festsetzung der Tagesordnung

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2017 vom 12.09.2017

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2017 vom 10.10.2017

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Mitteilung der Tobias-Haus Alten- und Pflegeheim gGmbH

7.2.2. Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 für das Peter-Rantzau-Haus

7.2.3. Antrag des Stadtjugendringes Ahrensburg e. V.

7.2.4. Sachstandsbericht zur Auswertung Ferientrubel 2017

7.2.5. Antrag auf Bewilligung von Schulsozialarbeit an der Grundschule Am Aalfang

7.2.6. Ersatzbau Musik- und Tierhaus im Familienzentrum Blockhaus

7.2.7. Vergabe der Trägerschaft für die Kita Heimgarten

7.2.8. Eröffnung neuer Kita Helgolandring sowie Langeneßweg, Betrieb des Waldkindergartens „Die Wichtelbande“

7.2.9. Bedarfslage Kinderbetreuung

7.2.10. Aktuelle Situation Asyl/Belegung

7.2.11. Zuschuss an den Freundeskreis für Flüchtlinge Ahrensburg e. V.

8. Tätigkeitsbericht des Netzwerks Migration und Integration **2017/126**

9.	Grundschule Am Reesenbüttel - Einführung einer Offenen Ganztagschule zum Schuljahr 2019/2020	**2017/120**
10.	Finanzierung des Kindergartens Willhöft, Lübecker Straße 6 in Ahrensburg	**2017/121**
11.	Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertagesstätten	**2017/133**
11.1.	Antrag der CDU - Verbesserung der personellen Betreuung in den Ahrensburger Kitas	**AN/018/2017**
12.	Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017	**2017/125**
13.	Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts	**2017/102**
14.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018	**2017/108**
15.	Anfragen, Anregungen, Hinweise	
15.1.	Anfrage zur Durchführung ehrenamtlicher Tätigkeiten in städtischen Kitas	
15.2.	Antrag der FDP-Fraktion - Haushalt 2018 - Erstattung Ausbildungskosten von Tagesmütter und -vätern	**AN/071/2017**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Um 19:30 Uhr begrüßt die Ausschussvorsitzende alle Teilnehmer, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung im großen Sitzungssaal im Peter-Rantzau-Haus und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Brigitte Kowalzick (Leiterin der Kita Kleine Nordlichter) spricht ihren Dank für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 11 aus. Sie plädiert für die Umsetzung der in der Beschlussvorlage genannten Variante 5, die Erhöhung der Verfügungszeiten auf 30 %. Sollte sich der Ausschuss für den Beschlussvorschlag entscheiden, wäre aus ihrer Sicht eine Aufteilung der Gesamtkosten nicht nach Einrichtungen, sondern vielmehr die Aufteilung nach Anzahl der Gruppen in den Kindertageseinrichtungen sinnvoll.

Frau Anette Schröder (DRK) dankt ebenfalls für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 11. Aus ihrer Sicht ist jedoch die Verteilung des zusätzlichen Budgets nach Einrichtungen nicht gerecht. Die Kita Gartenholz verfügt derzeit über sieben Gruppen, zukünftig werden es neun Gruppen sein. Es sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den bereitgestellten finanziellen Mitteln und der Größe der Kita gefunden werden.

Frau Gudrun Probst-Eschke dankt insbesondere dem Arbeitskreis für die Bearbeitung des Themas „Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen“ (TOP 11). Sie hält die Umsetzung der in der Beschlussvorlage genannten Variante 5 für zielführend. Sollte diese in der Umsetzung zu teuer sein, wäre eine Anhebung der Verfügungszeiten auf zumindest 25 % wichtig.

Frau Julia Blunck (Mutter eines Kindes im Hort Reesenbüttel) spricht ihre Sorge zur möglichen Einführung einer Offenen Ganztagsschule an der Grundschule Am Reesenbüttel zum Schuljahr 2019/2020 aus. Sie fürchtet um die Verschlechterung in der Qualität der Betreuung. Sie bittet um die Weiterführung des Hortes und die Erweiterung der Bezuschussung durch die Stadt, um ggf. DaZ-Kindern die Nutzung des Hortes zu ermöglichen.

Herr Thomas Krempien (Elternvertreter Grundschule Am Reesenbüttel) äußert ähnliche Bedenken. Er sieht es sehr kritisch, dass für die Umsetzung des Personalschlüssels die zweite Betreuungskraft keine Fachkraft sein muss. Er fürchtet um die Qualität bei der Umsetzung des pädagogischen Konzepts. Zudem gibt er ausdrücklich an, dass die Lenkungsgruppe OGS weiterhin für die Überwachung der Qualität zuständig sein sollte.

Die Mutter eines Kindes im Hort Reesenbüttel schließt sich den beiden Vorredner an. Aus einer Info-Veranstaltung der AWO weiß sie, dass die jetzt tätigen Hortmitarbeiter bei Umsetzung der OGS eine Stundenreduzierung in Kauf nehmen müssten. Ihr Wunsch sei es, dass die Politik eine Beibehaltung des Hortes für zunächst zwei Jahre beschließt, um auch die politischen Entscheidungen der Landesregierung Schleswig-Holstein abzuwarten.

Herr Torsten Schäfer äußert sich zum Thema Einführung einer Offenen Ganztagsschule. Er sieht besonders hohe Risiken in der Übergangsphase. Wer wird der Träger der OGS sein, wird ggf. die Stadt diese selbst betreiben. Was passiert mit den Fachkräften der AWO, wenn diese nicht Betreiber wird.

Eine Mitarbeiterin des Hortes Reesenbüttel kündigt an, dass bei Einführung der OGS sie sich keinen Wechsel in eine Kita vorstellen kann. Löcher bei den Kitas werde man nicht mit dem Personal aus den Horten stopfen können. Auch sei der Einsatz einer Nicht-Fachkraft als zweite Kraft kritisch.

Die Ausschussvorsitzende wendet ausdrücklich ein, dass es nicht Wille der Politik sein, mit frei gewordenen Hortpersonal Löcher in den Kitas zu stopfen. Es geht vielmehr um das Finden von Lösungen, um den Bedarfen der Eltern von Grundschulkindern nach einer Nachmittagsbetreuung Rechnung zu tragen.

Eine Einwohnerin fragt an, woher die Mitarbeiter für die OGS kommen sollen, wenn die AWO nicht Betreiber der OGS wird. Wie soll die Durchführung der 40 bis 50 Arbeitsgemeinschaften in der OGS sichergestellt werden?

Die Verwaltung gibt an, dass sie nähere Informationen zum Thema OGS im Tagesordnungspunkt 9 vortragen wird.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 14.1 unter dem Tagesordnungspunkt 11 zu behandeln.

Zudem sollen Frau Schmidt (Netzwerk Migration & Integration) und Herr Fricke (Freundeskreis für Flüchtlinge Ahrensburg e. V.) zum TOP 8, Frau Knuth, (Schulleiterin der Grundschule Am Reesenbüttel) und Frau Schmitt (Geschäftsführerin der AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH) zum TOP 9, Frau Willhöft (Träger des Kindergartens Willhöft) zu TOP 10 als Sachverständige gehört werden.

Die geänderte Tagesordnung einschließlich des nicht öffentlichen Teils wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**(3 CDU, 2 SPD, 1 FDP, 2 Grüne, 1 WAB)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2017 vom 12.09.2017

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2017 vom 10.10.2017

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— k e i n e —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Mitteilung der Tobias-Haus Alten- und Pflegeheim gGmbH

Mit Schreiben vom 23.10.2017 wird von dort mitgeteilt, dass die Altentagesstätte im Tobias-Haus, welche von der Stadt bezuschusst wird, zum 31.12.2017 schließt. Das Schreiben wird als **Anlage** dem Protokoll beigefügt.

7.2.2. Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 für das Peter-Rantzau-Haus

Der Auszug wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

7.2.3. Antrag des Stadtjugendringes Ahrensburg e. V.

Zum 20-jährigen Jubiläum des Kinder- und Jugendbeirates wird ein Zuschuss in Höhe von 1.000 € beantragt **(siehe Anlage).**

7.2.4. Sachstandsbericht zur Auswertung Ferientrubel 2017

Der Sachstandsbericht ist als **Anlage** beigefügt. Die Verwaltung gibt den Hinweis, dass der kostenlose Schwimmpass mit insgesamt 2700 Nutzungen in 2017 Kosten in Höhe von 6.375,60 € verursacht hat. Geplant waren 1.500 €. Das Defizit von rund 4.900 € sind für 2017 im Produktsachkonto 36200.5291000 gedeckt. Für 2018 müsste dieser Betrag jedoch zusätzlich bereitgestellt werden, damit der kostenlose Schwimmpass weiterhin angeboten werden kann.

7.2.5. Antrag auf Bewilligung von Schulsozialarbeit an der Grundschule Am Aalfang

Der Antrag wird als **Anlage** zur Kenntnis gegeben. Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzung eine Beschlussvorlage zu diesem Thema fertigen.

7.2.6. Ersatzbau Musik- und Tierhaus im Familienzentrum Blockhaus

Das Konzept zur Spendenakquise wird als **Anlage** zur Kenntnis gegeben.

7.2.7. Vergabe der Trägerschaft für die Kita Heimgarten

Dier Verwaltung gibt bekannt, dass der Bürgermeister die Trägerschaft an die Elbkinder Vereinigung Kitas Nord gGmbH gegeben hat. Am 08.11.2017 gab es bereits ein erstes Gespräch mit dem neuen Träger, dem Planungsbüro Berwing und der Verwaltung, um die Planung weiter voranzubringen.

Auf Nachfrage zur Vergabe der Trägerschaft für die Kita Heimgarten stellt Herr Reich dar, dass die Vergabe rechtskonform durchgeführt wurde. Die Bewertungskriterien der Ausschreibung sind eingehalten worden. Ein Ausschussmitglied spricht sich für die Neugestaltung der Ausschreibungskriterien aus.

7.2.8. Eröffnung neuer Kita Helgolandring sowie Langeneßweg, Betrieb des Waldkindergartens „Die Wichtelbande“

Die Verwaltung gibt den Stand der Anmeldungen ab Dezember 2017 bzw. Januar 2018 bekannt.

„Die Wichtelbande“ ist im Oktober 2017 mit fünf Kindern gestartet. Im November folgten vier weitere Kindern. Ein Kind startet im Januar 2018, sodass dort dann fünf freie Plätze verfügbar sind.

Die Kita Gartenholz im Langeneßweg startet mit einer Ganztagsgruppe zum 01.12.2017 mit zunächst zehn Kindern. Vier weitere Kinder kommen im Januar 2018 hinzu. Die Platzangebote laufen zurzeit. Die Verwaltung weist darauf hin, dass auch sieben Familien das Angebot abgelehnt haben.

Die Kita Helgolandring startet zum 01.12.2017 mit einer Dreiviertel-Elementargruppe mit sieben Kindern. Drei weitere Angebote laufen zurzeit.

7.2.9. Bedarfslage Kinderbetreuung

Krippen:
Bis zum 31.12.2017 besteht der Aufnahmewunsch von 146 Kindern, davon befinden sich 53 Kinder bei Tagesmüttern. Von ca. zehn Familien wurde das Angebot abgelehnt oder die Kinder wurden auswärtig untergebracht. Zum nächsten Kindergartenjahr liegen bereits 182 Anmeldungen vor, d. h. 265 Anmeldungen bei 20 freien Plätzen im Helgolandring und ca. 97 Wechslern zum Sommer 2018.

Elementar:
317 Kindern werden schulpflichtig. In der Verwaltung liegen 266 Anmeldungen vor, die bei den freien Trägern kommen noch hinzu. Mit Beginn des neuen Kindergartenjahres 2018/2019 ist die Versorgung der Elementarkinder voraussichtlich sichergestellt.

Hort:
Am Hagen:
43 Anmeldungen, 7 freie Plätze zum Schuljahresbeginn 2018/2019 bei einer 15er-Gruppenbelegung
Am Aalfang:
40 Anmeldungen, 9 freie Plätze
Am Schloß:
77 Anmeldungen, 31 freie Plätze
Am Reesenbüttel:
93 Anmeldungen, 46 freie Plätze
So genannte Kann-Kinder sowie Doppelanmeldungen sind hier noch enthalten.

7.2.10. Aktuelle Situation Asyl/Belegung

Seit Jahresbeginn wurden der Stadt Ahrensburg 73 Personen zugewiesen (davon 32 Familiennachzüge). Nach Schätzung durch die Verwaltung werden in 2018 124 Personen nach Ahrensburg kommen (68 Zuweisungen, 56 Familiennachzüge). Im Kornkamp stehen derzeit 90 Plätze zur Verfügung. Die 90 Plätze reichen nicht aus, den errechneten Bedarf bis Ende 2018 zu decken. Dazu kommt, dass der Standort Wulfsdorfer Weg für die Erweiterung der SLG Ende 2018 geräumt werden muss. Dort sind aktuell 25 Personen untergebracht.
Der Betreuungsaufwand der untergebrachten Personen (aktuell über 500 Personen) ist weiterhin hoch und notwendig; insbesondere gilt das bei den gemeinschaftlich genutzten Wohnungen, Anlagen und dort, wo unterschiedliche Nationalitäten miteinander wohnen müssen. Auch gelingt es immer weniger, für den Personenkreis der gerade 18-jährigen jungen Menschen Paten zu finden, die bei der Integration dieses Personenkreises helfen.

7.2.11. Zuschuss an den Freundeskreis für Flüchtlinge Ahrensburg e. V.

Im Haushalt 2017 sind 8.000 € als Zuschuss für die Arbeit des Freundeskreises für Flüchtlinge Ahrensburg e. V. vorgesehen. Der Freundeskreis hat davon 6.000 € abgerufen und diesen Monat erhalten. Der Freundeskreis für Flüchtlinge Ahrensburg e. V. wird in der Dezember-Sitzung des Sozialausschusses seinen Jahresbericht halten.

8. Tätigkeitsbericht des Netzwerks Migration und Integration

Die Verwaltung führt in die Thematik ein. Die Stadt Ahrensburg ist Mitglied im Netzwerk und unterstützt dieses auch finanziell. So sind auch im Haushaltsentwurf 2018 wieder 2.300 € für die Unterstützung des Netzwerkes eingeplant.
Zudem berichtet die Verwaltung kurz zum Stand des Integrationskonzeptes mit dem sich das Netzwerk in den letzten Sitzungen beschäftigt hat. Es gibt innerhalb des Netzwerkes eine Verständigung auf unterschiedliche Handlungsfelder, die im Rahmen von Workshops inhaltlich bearbeitet werden sollen. Zu diesen Workshops wird je nach Inhalt eine unterschiedliche Personenzahl eingeladen werden; u. a. auch Vertreter des Sozialausschusses und anderer Ausschüsse, je nach Themenfeld. Gestartet wird mit dem Handlungsfeld „Arbeit“. Aktuell werden ein Moderator und eine Person, die die Ergebnisse aufbereiten und dokumentieren soll, gesucht. Finanzielle Mittel dafür stehen im Rahmen der Integrationspauschale zu Verfügung.

Frau Dorothea Schmidt stellt kurz die Inhalte und wesentlichen Schwerpunkte der Arbeit des Netzwerks vor. Sie bedankt sich ausdrücklich für die Bereitstellung finanzieller Mittel. Hauptschwerpunkt der Arbeit des Netzwerkes ist weiterhin die Verknüpfung der Arbeit von Institutionen und Ehrenamtlichen, um das Zusammenleben der Geflüchteten mit ihrer unterschiedlichen Herkunft harmonisch zu ermöglichen. Sie appelliert an alle Anwesenden, die Arbeit zu unterstützen, sich selbst zu engagieren.

Die Ausschussvorsitzende dankt dem Netzwerk für die vorbildliche Arbeit und spricht ausdrücklich Lob und Anerkennung aus und bittet, dies an alle Mitwirkenden weiterzugeben.

9. Grundschule Am Reesenbüttel - Einführung einer Offenen Ganztagschule zum Schuljahr 2019/2020

Herr Reich führt in die Thematik ein. Aufgrund der gestiegenen Bedarfe hat die Lenkungsgruppe am 20.06.2017 den Beschluss zur Einführung einer OGS gefasst. Die Vorlage Nr. 2017/120 zeigt das Verfahren zur Errichtung der OGS unter den derzeitigen finanziellen Regelungen des Landes Schleswig-Holstein auf.

Der Wille der Schule ist es, alle Betreuungsbedarfe abzudecken. Bedenken bei der Übernahme der Trägerschaft durch einen geeigneten Träger bestehen aus Sicht der Verwaltung nicht. Die Lenkungsgruppe OGS wird den gesamten Prozess weiter begleiten.

Frau Knuth nimmt aus Sicht der Schulleitung zur Thematik Stellung. Vor drei Jahren wurde begonnen, sich mit dem Thema OGS auseinanderzusetzen. Grund war die hohe Nachfrage an zusätzlichen Betreuungsplätzen im Hortbereich, die aufgrund des vorhandenen Raumangebots nicht abgedeckt werden können. Alternativ wäre somit eine Nachmittagsbetreuung für alle Grundschulkinder möglich.

Überrascht zeigt sich Frau Knuth über die Aussage der AWO, nicht als Betreiber der OGS zur Verfügung zu stehen. Sie bedauert dies sehr.

Frau Schmitt (Geschäftsführerin der AWO) erläutert, warum aus ihrer Sicht die Einführung einer OGS problematisch sei. Hier prallen zwei unterschiedliche Rechtsgebiete (Schulgesetz S-H, Kindertagesstättengesetz S-H) aufeinander, deren Vorgaben teilweise nicht kompatibel sind. Die Nutzung der Schule im Schulgesetz ist nur für den Vormittag geregelt. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Sitzung des Sozialausschusses im Frühjahr 2017 hin. Dort wurde vom Ausschuss signalisiert, dass eine Ausweitung des Hortes in den Frühstunden (vor Schulbeginn) nicht möglich sei, da dort in das Schulgesetz eingegriffen werden müsste.

Herr Randschau signalisiert, für die SPD-Fraktion heute nicht entscheidungsfähig zu sein. Der Informationsgewinnungsprozess ist noch im Gange.

Auf seine Nachfrage wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass die Angaben in den Anlagen in der Beschlussvorlage auf der Grundlage realer Werte basieren. Die Personalkosten wurden von der AWO berechnet, das pädagogische Konzept von der Schule entwickelt.

Herr Stukenberg gibt an, dass aus seiner Sicht die Förderrichtlinie des Landes noch nicht zu Ende gedacht wurde. Insofern zeigt er Verständnis für Einwände gegen die Einführung der OGS. Die FDP-Fraktion bejaht die Einführung der OGS. Dabei sollte unbedingt die Qualität im Vordergrund stehen, um den Schüler eine sehr gute Nachmittagsbetreuung zu ermöglichen.

Herr Reuber zieht eine zu hohe finanzielle Belastung der Stadt bei Einführung der OGS. Er kann den Wechsel nicht befürworten und versteht die Angst der Eltern um die Sicherung der Qualität. Fraglich ist zudem, ob sich die räumliche Situation nicht verschlechtert. Für ihn stehen zu viele ungeklärten Fragen im Raum, um entscheiden zu können.

Der Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates spricht sich für die Sicherung der Qualität bei der Nachmittagsbetreuung der Kinder aus. Es muss genügend Personal und Platz vorhanden sein.

Herr Dähnhardt signalisiert, dass aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute eine Entscheidung zur Einführung der OGS getroffen werden könnte. Die gewachsenen Bedarfe in der Nachmittagsbetreuung können nur mit einer OGS gedeckt werden. Eine Erweiterung des Hortes ist aufgrund nicht vorhandener Platzkapazitäten unmöglich. Weiterhin äußert er den Wunsch, dass die AWO als Betreiberin der OGS zu Verfügung steht.

Frau Brandt äußert sich für die CDU-Fraktion. Auch hier steht die Sicherung der Qualität an erster Stelle. Es soll eine verträgliche Lösung gefunden werden, um die gestiegenen Betreuungsbedarfe zu decken. Weiterhin wird auch die finanzielle Belastung der Eltern gesehen. Deshalb ist das Ziel, bei Einführung der OGS die Sozialstaffel beizubehalten. Sie sieht aber auch, dass aufgrund politischer Willensbekundungen im Land Schleswig-Holstein sowie beim Bund eine Umsetzung der Einführung der OGS in Ahrensburg nicht zeitnah erfolgen sollte.

Herr Holzmann sieht nach der Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses sowie die heutigen Sitzung noch Beratungsbedarf bei der WAB-Fraktion. Es gibt noch zu viele offene Fragen. Er versteht jedoch die vielfach negative Einstellung zur Einführung der OGS nicht, denn grundsätzlich hält er diese für eine sinnvolle Lösung für die Bedarfsdeckung der Nachmittagsbetreuung.

Herr Stukenberg ergänzt hierzu, dass nicht jedes Kind jeden Tag die OGS nutzen muss, um auch eigenen Termine an Nachmittagen wahrzunehmen

Frau Knuth gibt dazu an, dass die Umfrage vom Dezember 2016 einen Bedarf an einer 5-Tagesbetreuung von 80 % der Eltern gewünscht wird.

10. Finanzierung des Kindergartens Willhöft, Lübecker Straße 6 in Ahrensburg

Die Verwaltung teilt mit, dass Frau Willhöft heute die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe vom Kreis Stormarn erhalten hat.

Frau Willhöft bestätigt diese Aussage. Sie äußert jedoch Unverständnis, dass seit 1997 Fördermittel gewährt wurden und nunmehr eine Änderung in der Rechtsform erforderlich ist, um weiterhin Fördermittel zu erhalten. Sie teilt auf Nachfrage mit, welche Anstrengungen sie dies gekostet hat und weiter kosten wird. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf, der in der Beschlussvorlage beziffert wird, wird für 2018 nicht mehr notwendig sein.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür** (3 CDU, 2 SPD, 2 Grüne, 1 FDP, 1 WAB)

2017/133

11. Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertagesstätten

AN/018/2017

11.1. Antrag der CDU - Verbesserung der personellen Betreuung in den Ahrensburger Kitas

Die Verwaltung erläutert die Vorlage Nr. 2017/133 nebst Anlagen. Anhand der Anlage 1 werden die verschiedenen Varianten besprochen.

Herr Randschau dankt der Verwaltung für die Erarbeitung der Vorlage. Besonders die Anlage 1 ist sehr übersichtlich. Von der SPD-Fraktion wird der Beschlussvorschlag zu 1. favorisiert. Jedoch sollte die Verteilung der finanziellen Mittel nach einem anderen Verteilerschlüssel erfolgen. Es wird eine Verteilung nach Gruppenanzahl vorgeschlagen. Insoweit stellt die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag Nr. 1.
Zudem sollte die Höhe des Gesamtbudgets an der Variante 4 (Erhöhung der Verfügungszeiten auf 25 %) orientieren. Es sollte ein Gesamtbudget von rund 370.000 € zur Verfügung stehen. Diesen Erhöhungsvorschlag trägt die SPD-Fraktion ebenfalls als Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag Nr. 1 vor.
Weiterhin bittet die SPD-Fraktion um Herausnahme des Beschlussvorschlages Nr. 2 bzw. um eine getrennte Abstimmung.
Schlussendlich soll es den Einrichtungen außerdem möglich sein, die in Variante 3 genannte Springerkraft gemeinsam nutzen zu können. D. h. die vertraglichen Grundlagen sollen so ausgestaltet sein, dass eine Kooperation mehrerer Einrichtungen zur Nutzung einer gemeinsamen Springerkraft möglich sei.

Frau Brandt wiederholt den Antrag der CDU-Fraktion (**AN/018/2017**) vom 08.04.2017, der die Förderung einer Verwaltungskraft in Teilzeit (19,5 Wochenstunden) für alle Kitas befürwortet. Ziel sei es, die Kita-Leitungen entsprechend zu entlasten.
Die Verwaltung wird gebeten, zur Entscheidungsfindung eine E-Mail-Abfrage zur Wertigkeit der in der Beschlussvorlage genannten fünf Varianten sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten bei allen Kitas zu starten und das Ergebnis den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Stukenberg dankt der Verwaltung für die Erstellung der Beschlussvorlage. Er plädiert für die FDP-Fraktion für eine Verteilung des Gesamtbudgets anhand der Gruppenanzahl unter Berücksichtigung der Öffnungszeiten.

Die Verwaltung gibt den Hinweis, dass die Variante 4 die Gruppenanzahl und Öffnungszeiten berücksichtigt.

Herr Dähnhardt nimmt die heutigen Diskussionsbeiträge mit in die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und freut sich über das Feedback der Einrichtungen aufgrund der E-Mail-Abfrage. Er hält eine Erhöhung des Gesamtbudgets auf 370.000 € bis 400.000 € möglich.

Die Ausschussmitglieder teilen einstimmig mit, dass über die Beschlussvorlage Nr. 2017/133 heute nicht abgestimmt werden soll.

2017/125

12. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017

Die Verwaltung führt in die Beschlussvorlage ein. Zudem gibt es eine Änderung im Produktsachkonto 36515.44880000. Der Ansatz wird auf 430.000 € aufgrund der positiven Abrechnungsergebnisse erhöht.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür** (3 CDU, 2 SPD, 2 Grüne, 1 FDP, 1 WAB)

2017/102

13. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Verwaltung trägt kurz die Punkte für den Sozialausschuss vor.

Der Ausschuss nimmt die Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts zur Kenntnis.

2017/108

14. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

Die Verwaltung erläutert die Beschlussvorlage und gibt Hinweise zu einzelnen Produktsachkonten (siehe entsprechende Veränderungsliste – **Anlage**).

Zudem liegen Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (**AN/063/2017** und **AN/064/2017**) sowie der FDP-Fraktion (**AN/071/2017**) vor.

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

15.1. Anfrage zur Durchführung ehrenamtlicher Tätigkeiten in städtischen Kitas

Herr Dähnhardt bittet die Verwaltung um Klärung, wie es rechtlich möglich wäre, dass Bürger (z. B. Eltern in der städtischen Kita) ehrenamtliche Arbeiten, wie z. B. Renovierungsarbeiten ausführen können. Derzeit ist es nach Auskunft des Fachdienstes Zentrale Gebäudewirtschaft nicht möglich.

AN/071/2017

15.2. Antrag der FDP-Fraktion - Haushalt 2018 - Erstattung Ausbildungskosten von Tagesmütter und -vätern

Herr Stukenberg nimmt Bezug auf den Antrag AN/071/2017 und bittet um Aufnahme der Erstattungen von Ausbildungskosten für Tagesmütter und -väter in Höhe von 1.600 € in den Haushalt 2018. Dabei sollten die Tagesmütter bzw. -väter verpflichtet werden, für mindestens zwei Jahre insbesondere Krippenkinder aus Ahrensburg zu betreuen.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Silva Krause
Protokollführerin